



STELLUNGNAHME zum Antrag KULT-Gemeinderatsfraktion	Vorlage Nr.:	2017/0374
	Verantwortlich:	Dez. 1
Umbenennung Kriegsstraße/Einstellung Bauarbeiten		

Gremium	Termin	TOP	ö	nö
Gemeinderat	27.06.2017	16	x	

Kurzfassung

Der Antrag auf umgehende Einstellung der Arbeiten für den Umbau der Kriegsstraße und Beibehaltung der aktuellen Baustellenprovisorien ist aus Sicht der Verwaltung abzulehnen.

Auch die in diesem Zusammenhang beantragte Umbenennung der Kriegsstraße entbehrt nach Auffassung der Verwaltung einer seriösen Begründung und ist abzulehnen.

Finanzielle Auswirkungen (bitte ankreuzen)		<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	ja
Gesamtkosten der Maßnahme	Einzahlungen/Erträge (Zuschüsse u. Ä.)	Finanzierung durch städtischen Haushalt			Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgeerträge und Folgeinsparungen)	
Haushaltsmittel stehen (bitte auswählen)		Kontenart:				
Kontierungsobjekt: (bitte auswählen)						
Ergänzende Erläuterungen:						
ISEK-Karlsruhe-2020-relevant	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	Handlungsfeld: (bitte auswählen)
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	durchgeführt am
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften		<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	abgestimmt mit KASIG

Es wird beantragt, die Straßenbauarbeiten im Rahmen des Baus der Kombilösung entlang der Kriegsstraße umgehend einzustellen, die Baustellen in voller Ausdehnung und Zerstörungspracht bestehen zu lassen sowie die Kriegsstraße in Nachkriegsstraße umzubenennen. Für die Nachnutzung der Baustellen sollen geeignete Mitarbeiter ein Konzept entwickeln, das zu ISEK, IQ-Prozess und der Marke „Karlsruhe“ passt.

Eine Einstellung der Arbeiten für den Umbau der Kriegsstraße mit Herstellung einer oberirdischen Straßenbahntrasse und einem Straßentunnel würde als Erstes im Widerspruch zum positiven Bürgerentscheid der Karlsruher Bürgerinnen und Bürger vom 22. September 2002 für die Kombilösung Karlsruhe stehen. Ebenso wäre dies eine Missachtung des vom Gemeinderat am 11. März 2008 beschlossenen und am 18. Dezember 2008 in Kraft getretenen Bebauungsplans zur Umgestaltung der Kriegsstraße.

Zwar soll die Ernsthaftigkeit nicht grundsätzlich in Frage gestellt werden, allerdings scheint es beim Antrag auf umgehende Einstellung der Bauarbeiten und Beibehaltung der aktuellen Baustellenprovisorien keine erkennbare Rolle zu spielen, welche rechtlichen und vor allem finanziellen Konsequenzen sich hieraus für die KASIG und damit auch die Stadt ergeben würden. Allein schon die Entschädigungsansprüche von bereits beauftragten Firmen oder die Rückforderungen der Zuwendungsgeber für bereits durchgeführte Teilmaßnahmen wären kaum überschaubar und verbieten daher eine ernsthafte Weiterverfolgung der vorgenannten Überlegungen.

Auch die in diesem Zusammenhang beantragte Umbenennung der Kriegsstraße entbehrt nach Auffassung der Verwaltung einer seriösen Begründung und ist abzulehnen.